

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

19 (19.1.1933) Der deutsche Mittelstand

Der deutsche Mittelstand

Erscheint alle 14 Tage

Der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand

Durch Anordnung des Führers vom 15. Dezember 1932 wurde Hg. Dr. von Renteln mit der Neubildung und Führung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes beauftragt.

Der nationalsozialistische Kampf um das deutsche Handwerk und den deutschen Handelsstand ist hiermit in ein neues Stadium getreten.

Die zahllosen mittelständischen Organisationen haben in den letzten Jahren immer wieder verlangt. Die bürgerlichen Interessentenparteien sind, nachdem sie Deutschland und seine Wirtschaft „sachverständig“ und „verantwortungsbewusst“ zu einem Trümmerhaufen regiert hatten, verdientermaßen von der Bildfläche verschwunden.

Die Organisationen des Handwerks, Handels und Gewerbes mußten versagen, weil sie sich darin erschöpften, papierene Resolutionen an die jeweiligen Machthaber zu schicken. Sie haben sich entweder durch betont „unpolitische“ Haltung selbst von jeder Einflußnahme ausgeschlossen oder sich denselben bürgerlichen Parteien und Parteien verschrieben, die für die Politik und damit für den Zusammenbruch der letzten Jahre verantwortlich zu machen sind.

Alle Grundforderungen des Handwerks, Gewerbes und Handels, angefangen von der Bekämpfung der Warenhäuser, Konsumvereine, Einheitspreis- und Großhandelsgeschäfte bis zur Beschränkung der Gewerbefreiheit, Bekämpfung der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Schaffung eines organischen Wirtschaftsaufbaues sind seit Jahren zielbewußt und energisch nur von der NSDAP. vertreten worden.

Aufgabe des Kampfbundes kann es daher niemals sein, eine neue Interessentengruppe unter zahllosen Interessentengruppen zu bilden. Es gilt vielmehr, von innen heraus den gewerblichen Mittelstand und seine Organisationen zu erfassen, die ohnmächtige Vielheit der einzelnen Gruppen und Grüppchen zusammenzufassen zu einer Stoßkraft, die in der Lage ist, zu ihrem Teil zur Schaffung der einzigen Voraussetzung beizutragen, unter der eine Rettung von Volk, Staat und Wirtschaft und damit auch eine Rettung von Handel, Gewerbe und Handwerk noch möglich ist:

Die Machtübernahme durch Adolf Hitler!

werker oder Gewerbetreibende einem Konsumverein bei, ihre Frauen gehen nahezu täglich ins Warenhaus und niemand von ihnen allen denkt hierbei auch nur im Entferntesten daran, daß sie durch diese Unterfütterung der schlimmsten Gegner des Einzelhandels, Handwerks und Gewerbes nicht nur einen wichtigen staatszerstörerischen Berufsstand untergraben, sondern auch sich selbst und ihre Nachkommenschaft aufs empfindlichste schädigen.

Wenn alles nach dem Willen der Konsumvereine bürokratisiert oder entsprechend dem Grundgedanken der großkapitalistischen Betriebe schablonisiert ist, wenn die Selbständigkeit und individuelle Arbeitsweise des Einzelnen verschwindet, wo soll dann noch Raum bleiben für ein Aufblühen der freien Berufe, für ein erpriesliches Gedeihen von Handwerk und Gewerbe? Wo soll der heute schon kaum mehr zu ersiehende Nachwuchs untergebracht werden, wo soll er eine Existenz finden, in der er seine eigenen Fähigkeiten verwerten kann?

Man möge hierbei auch noch eines bedenken: ein Erfolg des Kampfes der Konsumvereine gegen die bisherige Form der Warenverteilung würde den Steuerzahlern aller Schichten bisher ungeahnte weitere Lasten auferlegen. Wird der kaufmännische und der gewerbliche Mittelstand, der des Staates größte Steuereinnahmequelle ist, durch die Konsumvereine, Warenhäuser und Großhandelsbetriebe, die keine wesentlichen Steuerquellen vorstellen, aus seinen Funktionen immer weiter verdrängt und schließlich unter freundlicher Hilfsbereitschaft der Warenhäuser zum Erliegen gebracht, so hat der Steuerbegünstigte mit Hilfe des Staates den bisherigen eigentlichen Steuerzahler totgeschlagen. In dieser Tatsache und ihren Folgerungen müßte zur Genüge für alle Kreise der Bevölkerung Veranlassung liegen, die Konsumvereinsbewegung etwas anders zu betrachten, als es heute der Fall ist, nämlich als staatsfeindliche marxistische Unternehmungen. Es wird und muß wohl jedem klar werden, daß die Konsumvereinsfrage eine Frage ist, die nicht lediglich den mittelständischen Handel angeht. Nein, sie betrifft jeden Berufsstand, jeden Staatsangehörigen, sie betrifft die ganze Nation!

Hat sich diese Erkenntnis erst durchgerungen, ist es gelungen, der Ueberzeugung Bahn zu schaffen, daß die wichtigsten Probleme der Zukunft, zu denen auch die Frage der Berufswahl zu rechnen ist, von einer Wiedereinrichtung des Mittelstandes unmittelbar abhängig sind, wo darf man wohl mit einer Umkehr auf der falschen Bahn, auf der weiteste Kreise unserer Bevölkerung sich heute noch bewegen, mit Zuversicht hoffen. Hierzu beizutragen, mögen auch diese Zeilen bestimmt sein.

„Ein mancher brave Kollege ist ein Opfer der Not geworden und hat durch Freitod geendet“

Ein nationalsozialistischer Gastwirt schreibt uns:

In einem Artikel „Müßigkeit und Ausblick“ gibt der Vorlesende des bad. Gastwirterverbandes, Herr Knodel, Karlsruhe, einen kurzen Bericht über die trostlose Lage unseres Gewerbes. Obiger Satz gibt mir als ehemaliger Angehöriger des Gastwirtsberufes Veranlassung endlich einmal das zu sagen, was der Führer der bad. Gastwirte unterließ.

Herr Knodel stellt an „die zuständigen Stellen“ berechtigte Forderungen, die aber genau so ungehört bleiben werden, wie seine früheren Protestversammlungsreden. Während er solche in den vergangenen Jahren mit Befürworterwitz hielt, und alle Auswüchse — auch bei den Regierungsverhältnissen — anprangerte, verkaufte unser Reichsverbandssyndikus Dr. Köster, Berlin, (M. d. N. „Wirtschafts“-partei) an Herrn Dr. Brüning das gesamte Gewerbe und stimmte aus „Gründen der Staatsraison“ für Gemeindege-tränkesteuer, Biersteuer und Mineralwassersteuer.

„Aus Gründen der Staatsraison“ gehen heute unsere Kollegen in den Freitod, schließen alte und älteste Gasthöfe ihre Pforten, und fallen ganze — einst wohlhabende — Wirtschaftsfamilien der Fürsorge anheim. Der Artikel schließt mit: Wir hoffen! Auf wen?

Auf die badische Zentrumsregierung, die etwa 14 Jahre nicht nur das prompt erfüllte, was rote, schwarze und goldene Parteibuchpolitiker in Berlin als Anfurberung, Fortschritt, Freiheit, Schönheit und Würde priesen, sondern nach Möglichkeit noch darüber hinausging?

Hoffen sie vielleicht auf Einsicht des Kanzlers Kurt von Schleicher, der heute noch überbegeistert ist vom Notverordnungskanzler Brüning, der „den großen Mann“ Brüning in allen Farben zu loben weiß, obwohl dieser statt

Die Vorzüge der „Edelwährung“

Durch das Abgehen zahlreicher Industrieländer vom Goldstandard haben sich die Preisverhältnisse so weitgehend verändert, daß der Absatz deutscher Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt weit härter zurückgegangen ist, als dies infolge der allgemeinen Kaufkraftschwächung durch die Weltkrise eingetreten wäre.

Vor einiger Zeit wurde einer Thüringer Firma für Indien die Erstellung einer maschinellen Anlage für Papierfabrikation übertragen. Es dürfte dies der letzte Auftrag dieser Art für eine deutsche Firma gewesen sein, da England die gleiche Anlage für 36 000 Pfund Sterling gegenüber 46 000 Pfund Sterling deutscherseits zu liefern imstande ist.

Bei Blei- und Kopierstiften tritt Sowjetrußland als Exporteur mit Preisen hervor, die bei ebenbürtiger Qualität rund 40 % unter den deutschen Preisen liegen. Ein Auftrag für 14 000 Dollar wurde bereits von Seiten der Vereinigten Staaten verbucht. Hier zeigt sich deutlich

Deutsche Gewerbetreibende, Einzelhändler, Mittelhändler!

Hinein in die Kampfgemeinschaft!

Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an die Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumverein, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 133, Fernsprecher 6808.

unter anderem der „Vorteil“, der in der Ausriktung agrarischer Länder mit industriellen Produktionsmitteln liegt. Die Lieferung von Maschinen an Rußland hat der deutschen Maschinenindustrie für einige Monate Aufträge gebracht; die mit ihrer Hilfe aufgebauten russische Konkurrenzindustrien sind Hunderttausende von deutschen Arbeitern auf die Dauer brotlos machen.

Dampfessel und Turbinen wurden fürstlich in größerem Umfange an die Tschechoslowakei vergeben, die mit ihren Preisen dank der schlechten Währung und der Hungerlöhne der tschechischen Arbeiter um 35 Prozent unter den deutschen Angeboten lag.

Für jeden Deutschen ergibt sich aus dieser Sachlage die ganz besondere Pflicht, in seinem Geschäftsbetrieb ausschließlich deutsche Erzeugnisse zu führen und als Verbraucher ausschließlich deutsche Ware zu kaufen.

des notleidenden Gewerbes, die Banken sanierte, der ganz in den Fußstapfen Franz v. Papens — des edlen Serrenaretiers — mit seinen Steuergutmachungen getreten ist, der in seiner Neujahrsvorrede das schaffende deutsche Volk über 410 Millionen tatsächlicher Tribute so hinwegwuschte, daß sich unsere Erbseide über soviel Engländerzeit und Nichtunterrichtsein vor Freude die Hände reiben.

Sie fragen: Mit was für einem Recht verweigert man dem notleidenden Gaststättengewerbe den Reichsgutschein für Hausreparaturen? Kurz und bündig: Mit dem jüdischen Recht der Herrenklubler!

Ohne erst bei uns „Einsfluß gewinnen“ zu müssen, kann Herr Dr. Köster im nächsten Reichstag unsere alten Forderungen Arbeitsdienstpflicht und Zinsensenkung — unterstützen, womit einmal 2 Hauptgeschwüre am deutschen Volkstörper angeschnitten wären. Er wird dabei von 2/3 aller deutschen Menschen nicht den Vorwurf bekommen, Parteipolitik getrieben zu haben. Möge Herr Dr. Köster etwas mehr an die Gründe denken, warum so viele heute den Gemeinden zur Last fallen und das traurige Dasein aller Volksgenossen denken, als an das Geketer, das die Juden und die ihnen hörige liberaldemokratische Presse auf diese Anträge hin einstimmten werden.

Nun dem „Drei-Kanzler-Jahr“ weinen auch Sie keine Träne mehr nach! Vergessen Sie aber trotzdem diese Männer nicht, die uns nicht nur dieses unglückselige Jahr bescherten, sondern heute von Neuem „Politik machen“, die das deutsche Volk an den Abgrund führen muß. Wir hoffen — nicht nur!

Wir kämpfen für ein Deutschland unter Führung Adolf Hitlers!

Die Schädigung des Holzgewerbes durch Gefangenearbeit

Die Klagen weiter Kreise der Holzverarbeitenden Industrie über die Konkurrenz der mit Strafgelungen unterhaltenen Betriebe wollen nicht verstummen. Die Strafanstalten sind teils dazu übergegangen, selbst Holzzeugnisse mit Hilfe von Strafgelungen anzufertigen teils stellen sie derartige Strafgelungen gegen einen sehr niedrigen Lohn privaten Unternehmern zur Verfügung. In jedem Fall ist eine erhebliche Beeinträchtigung der freien Wirtschaft unabweislich. Schon in normalen Zeiten hat die Beschäftigung von Strafgelungen für private Unternehmer zu einem sehr unangenehm fühlbaren Wettbewerb geführt. Wenn auch anzuerkennen ist, daß die Strafvollzugsbehörden vielfach den guten Willen haben, die nachteiligen Auswirkungen der gewerblichen Beschäftigung von Strafgelungen auf die freie Wirtschaft zu mildern, so läßt sich doch ein Konkurrenzkampf auf ungleicher Basis nicht vermeiden, solange Strafgelungen für private Unternehmer überhaupt beschäftigt werden, bzw. solange Strafvollzugsbehörden die in eigener Regie hergestellten Holzzeugnisse zu Preisen auf den Markt werfen, mit denen der durch höhere Löhne, Steuern, Soziallasten und Steuern vorbelastete freie Unternehmer nicht konkurrieren kann. Bei allem Verständnis für einen modernen Strafvollzug, bei dem eine nutzbringende Beschäftigung der Strafgelungen angestrebt werden muß, ist es doch nicht zu verantworten, wenn freie Arbeiter durch die erwähnte Art der Gefangenearbeit der Arbeitslosigkeit überantwortet werden.

sicht auf den Grundsatz, daß regelmäßige Beschäftigung der Gefangenen Grundlage eines geordneten Strafvollzuges sei, von der jeglichen Praxis nicht abgesehen zu können. Demgegenüber ist festzustellen, daß niemand die Notwendigkeit einer Beschäftigung der Strafgelungen mit nützlicher und erzieherischer Arbeit bestritten hat. Es gibt aber wohl Möglichkeiten, die Strafgelungen in einer Weise zu beschäftigen, die nicht als unmittelbare Schädigung der freien Wirtschaft empfunden wird, z. B. für den inneren Dienstbetrieb und Bedarf der Strafanstalten, mit Straßenbau, Landeskulturarbeiten und anderen nicht handwerklichen oder gar maschinellen Betätigungen.

Konsumverein und kaufmännischer Mittelstand - Gedanken zur Berufswahl

Eine der schwierigsten und bedeutungsvollsten Fragen unserer Zeit ist die Berufswahl. Nahezu alle Berufe, die eine akademische Vorbildung zur Voraussetzung haben, sind derart überfüllt, daß nur noch ein Bruchteil der Neuzuzukommenden Aussicht auf Anstellung in absehbarer Zeit oder auf existenzfähige Praxis bei Selbstständigmachung hat. Dazu gehören auch diejenigen Berufe, die ihren Nachwuchs aus den technischen Hochschulen und ähnlichen Bildungsanstalten in sich überflutender Zahl beziehen, daß schon Protektion oder ein besonderer Glückszufall dazu gehört, um ohne jahrelange Wartezeit eine auch nur einigermaßen bestreidende Anstellung zu finden. Troßdem diese Tatsachen allgemein bekannt sind und trotzdem in gewissen Betrieben immer neue Warnungen durch die Tageszeitungen gehen, sind weiteste Kreise der Bevölkerung am Werk, die Verhältnisse noch katastrophaler zu gestalten. Ganz abgesehen davon, daß sie den altangesehenen bürgerlichen Berufen — Handel, Handwerk und Gewerbe — vielfach mit einer gewissen Mißachtung begegnen, schneiden sie ihrem Nachwuchs die Möglichkeiten künstlicher Selbstständigkeit in diesen Berufen ebenfalls noch dadurch ab, daß sie großkapitalistische Unternehmungen unterfüttern, die den Menschen zur Schablone machen und ihm nur in den seltensten Fällen eine Entwicklung seiner kommerziellen oder sonstigen Fähigkeiten gestatten.

Es ist richtig, daß Handel, Handwerk und Gewerbe heute nicht mehr den „goldenen Boden“ haben, der ihnen in Vorkriegszeiten nachgesagt wurde und daß insbesondere der Einzelhandel ungeheuer schwer zu kämpfen hat, um unter den auf ihm liegenden Lasten nicht zusammenzubrechen, immerhin aber würden für einen tüchtigen Nachwuchs die Zukunftsaussichten gerade in diesem Beruf durchaus nicht ungünstig sein, wenn diejenigen Kreise, die an der Erhaltung eines gesunden Mittelstandes Interesse haben, etwas mehr denken und fester zusammenstehen würden. Von angeblichen Vorteilen verlockt, tritt der Beamte, der Arzt, ja selbst der Hand-

Namentlich die Eichmöbel-, Kisten-, Faß-, Leisten- und Büromöbelindustrie haben über Preisunterbietung und Abhängerwerbungen durch die Konkurrenz der Strafanstalten zu klagen. Kürzlich ist sogar eine Strafvollzugsbehörde auf den Einfall gekommen, eine eigene Sperrholzfabrikation mit Hilfe kostspieliger Maschinen aufzunehmen, wie sich überhaupt die Klagen darüber häufen, daß die Gefangenenanstalten in immer größerem Umfang sich maschinelle Einrichtungen für die Beschäftigung von Gefangenen einrichten, um den bisher von der privaten Wirtschaft hergestellten Bedarf der Behörden durch maschinelle Arbeiten der Gefangenen selbst zu decken.

Hierbei scheint man sich sogar nicht, in unseres Erachtens unzulässiger Weise die Erzeugnisse der freien Wirtschaft nachzuahmen. So wird uns berichtet, daß kürzlich Büromöbel-, Kisten- und Handwerksbetriebe zur Einreichung von Zeichnungen und Lieferungen einzelner Modelle von Büroeinrichtungsgegenständen für ein neu gebautes großes Gerichtsgebäude aufgefordert wurden und alsdann die Einrichtung selbst an Hand dieser Zeichnungen und Modelle in einer Strafanstalt angefertigt wurden. Wie bei einer derartigen Ausschaltung und Schädigung der freien Wirtschaft durch die Behörden das notleidende Holzgewerbe in der Lage sein soll, seine Arbeiter weiter zu beschäftigen und seine Steuern aufzubringen, bleibt das Geheimnis der hochweisen Bürokratie.

Wie wir hören, sind neuerdings verschiedene wirtschaftliche Organisationen bei den zuständigen Reichs- und Länderbehörden vorstellig geworden, jedoch glauben die Behörden mit Rück-